

Die Romandie sagt deutlich Nein

Die Welschen schätzen Wachstum und Offenheit – und wollen womöglich nicht noch mehr Grenzgänger



Insbesondere Genfer regen sich über Staus durch die vielen Grenzgänger auf.

JORDI RUZ CERERA FÜR NZZ

MATTHIAS SANDER, LAUSANNE

Wer hat's erfunden, die SVP – oder nicht doch ein Romand, noch dazu ein SPler? «Die Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern», so hiess schon vor mehr als einem Jahrzehnt der Blog von Pierre Dessemond, einem Wirtschaftsgeografen, der für ein paar Tage auch noch der Gemeindepräsident von Yverdon-les-Bains ist. Dessemond beschäftigte sich also gefühlt schon vor Urzeiten mit dem starken Wachstum der Schweiz und dessen Konsequenzen.

Am Sonntag hat auch ihn überrascht, wie deutlich die Romandie die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» abgelehnt hat, nämlich zu 62 Prozent,

weit über den 53 Prozent der Deutschschweiz. Dessemond rechnet mit einem welschen Nein, wie schon bei der Masseneinwanderungsinitiative 2014. Doch er dachte durchaus, auch angesichts der Diskussionen in den sozialen Netzwerken, dass die Argumente der SVP besser verfangen würden.

Und dann das: der Kanton Freiburg, dessen Bevölkerung seit 2000 schweizweit am stärksten gewachsen ist, um mehr als 40 Prozent? Lehnt die SVP-Initiative mit knapp 55 Prozent ab. Die Waadt, die um fast 35 Prozent gewachsen ist? Sagt zu gut 64 Prozent Nein. Genf, hinter Basel-Stadt der Kanton mit der höchsten Bevölkerungsdichte im Land? Sagt zu fast zwei Dritteln Nein.

Durch die Bank ist in der Westschweiz – wie übrigens auch in fast allen anderen Kantonen – das Nein zur SVP-Vorlage noch deutlicher als zur Masseneinwanderungsinitiative. Wie kann das sein? Dafür haben Pierre Dessemond und andere Experten eine Reihe unbestrittener Erklärungen – und manche Hypothese, die zu überprüfen wäre.

Schwieriges Pflaster für die SVP

Erster Punkt: Die vermeintlich grössten Opfer des Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung sehen für sich offenbar mehr Vor- als Nachteile, wie Pierre Dessemond festhält. Denn in den boomenden Kantonen lehnen die Wachs-

tums-Hotspots die SVP-Initiative am stärksten ab: Lausanne zu gut 75 Prozent, Nyon zu gut 70 und Bulle im Kanton Freiburg – wo Rolex ein Werk für 2000 Arbeitsplätze baut – zu 57 Prozent.

Die Argumente von Economiesuisse hätten Gehör gefunden, sagt Dessemond. Der Dachverband betonte im Abstimmungskampf etwa den Bedarf von Unternehmen nach hochqualifizierten ausländischen Arbeitskräften. Auch in Deutschschweizer Städten wie Zürich und Bern hätten solche Argumente ja überzeugt. Tatsächlich haben «Kernstädte» in beiden Landesteilen praktisch genauso abgestimmt, nämlich mit gut 70 Prozent Nein.

Zweiter Punkt: Die Debatte um echten oder vermeintlichen Dichtestress wurde in der Romandie anders geführt. Das fängt damit an, dass sich der Begriff nicht wirklich auf Französisch übersetzen lässt. Die verwendeten Alternativen wie «Überbevölkerung» oder «Sättigung» sind weniger emotional besetzt als «Dichtestress».

Die zugrunde liegenden Phänomene aber wie volle Züge oder Autostaus seien in den welschen Medien sehr präsent gewesen, sagt die Lausanner Politologin Line Rennwald. Sie vermutet, dass in der Westschweiz mehr als in der Deutschschweiz konkrete Lösungen für diese jeweiligen Probleme gesucht würden.

Rennwalds Lausanner Kollege Oscar Mazzoleni hingegen stellt das Konzept «Dichtestress» grundsätzlich infrage und damit auch dessen vermeintlichen Anklang beim Stimmvolk. «Jede Gesellschaft, die auf Urbanisierung basiert, beruht auch auf dem Zusammenrücken der Menschen. Sollen wir stattdessen zu den alten Dorfgemeinschaften zurückkehren?»

Damit zum dritten, unbestrittenen Punkt: Die Romandie bleibt für die SVP ein schwieriges Pflaster. Während sie bei den eidgenössischen Wahlen 2023 in der Deutschschweiz rund jede dritte Stimme erhielt, bekam sie in der Romandie nur jede fünfte. Zugleich sind SP und Grüne in weiten Teilen der Romandie traditionell stärker als auf der anderen Seite der Saane. Und die Wähler dieser Parteien folgen im Grossen und Ganzen deren Abstimmungsparolen.

Die Schwäche der SVP wirkt sich viertens auf die bürgerlichen Parteien aus: Sie spüren weniger Druck an ihrer rechten Flanke. «Ich wage die Hypothese, dass die Mitte-Parteien und die FDP sich in der Romandie stärker und geenter für eine Ablehnung der Initiative eingesetzt haben als in der Deutschschweiz», sagt Line Rennwald. Tatsächlich gab es in der Romandie keine prominente Stimme wie die Mitte-Ständerin Heidi Z'graggen aus

Uri, die sich abweichend von der Parteiparole für die 10-Millionen-Initiative ausgesprochen hätte.

Fünftens sind die traditionelle Schwäche der SVP und die Stärke der Linken in der Romandie erklärungsbedürftig. Für den Genfer Politologen Pascal Sciarini lässt sich das unter anderem mit einem hohen Anteil von formell gebildeten Bürgern in Wirtschaftszweigen mit hoher Wertschöpfung erklären. Generell zeigten Studien regelmässig, dass Werte wie Offenheit und Kosmopolitismus in der Westschweiz verbreiteter seien als in der Deutschschweiz – auch wenn Letztere etwas aufholte.

Sechstens verweist Sciarini auf die unterschiedliche Definition der Schweizer Identität in beiden Landesteilen. Die Deutschschweiz lege mehr Wert auf Neutralität, Unabhängigkeit und Souveränität. Die Romandie hingegen auf Föderalismus, Multikulturalismus und internationale Zusammenarbeit. «Vielleicht fürchten wir die internationale Öffnung weniger, weil wir sowieso schon in der Minderheit sind.»

Siebtens stellt Sciarini eine plausible klingende Hypothese auf: Die Romands seien insgesamt etatistischer als die Deutschschweizer. Das habe ein grösseres Vertrauen in die Institutionen zur Folge. Dadurch würden die Romands zum Beispiel eher den Empfehlungen des Bundesrats folgen, der die SVP-Initiative ja ohne Gegenvorschlag abgelehnt hat.

Kleinerer Stadt-Land-Graben

Dazu kommt achts, dass die Romandie insgesamt einmal mehr homogener abgestimmt hat als die Deutschschweiz. «Der Unterschied zwischen Stadt und Land ist bei uns geringer», sagt Sciarini. Womöglich liege das an der Kleinheit der Romandie, in der es vom Hinterland selten richtig weit bis in die nächste Stadt ist.

Damit, neuntens, zu einem letzten Punkt, der Gemüter in der Romandie regelmässig ungefähr so bewegt wie der Dichtestress in der Deutschschweiz: die vielen Grenzgänger. Allein in der Genferseeregion gibt es 170 000 von ihnen, das sind mehr als 40 Prozent aller Grenzgänger in der gesamten Schweiz.

Am Sonntag haben neben Genf und der Waadt auch die Kantone Neuenburg und Jura, die viele Grenzgänger etwa in der Uhrenindustrie beschäftigen, die SVP-Initiative abgelehnt. Womöglich, so mutmassen mehrere Experten, dachte das Stimmvolk an ein Argument der Initiativgegner im Abstimmungskampf: dass bei einem Ja voraussichtlich noch mehr Grenzgänger zu Arbeiten in die Schweiz gekommen wären.

Aus dem Tessin kommt ein überraschend bescheidenes Ja

Der Südkanton stimmt mit 50,7 Prozent nur knapp für die 10-Millionen-Initiative – das steht im Kontrast zu früheren Abstimmungen

KATHARINA FONTANA

Allgemein war erwartet worden, dass die Tessinerinnen und Tessiner die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» der SVP gutheissen würden. Eine Mehrheit der Stimmberechtigten im Südkanton legte denn auch ein Ja in die Urne: 50,7 Prozent unterstützten das Volksbegehren, das die Zuwanderung in die Schweiz dämpfen wollte.

Die Tessiner befinden sich damit im Lager jener Deutschschweizer Kantone, die Ja sagten zur Initiative. Am Ende aber gaben die Romandie, die Nordwestschweiz und Kantone wie Zürich, Bern oder Luzern den Ausschlag für das Nein. Der Urnengang zeigt einmal mehr, dass die politischen Befindlichkeiten im Tessin und in der Romandie doch sehr unterschiedlich sind und die lateinische Schweiz ein heterogenes Gebilde ist.

Gleichwohl ist das Resultat aus dem Tessin eine Überraschung. 50,7 Pro-

zent sind ein ausgesprochen bescheidenes Ergebnis, wenn man es mit früheren Urnengängen im Bereich der Zuwanderung vergleicht. So gab es 2014 bei der Abstimmung über die schweizweit knapp angenommene Masseneinwanderungsinitiative eine geradezu lawnenartige Unterstützung aus dem Tessin: Mehr als 68 Prozent sagten damals Ja. Die Begrenzungsinitiative, die 2020 an die Urne gelangte, erhielt immerhin über 53 Prozent Ja-Stimmen, während es schweizweit nur gut 38 Prozent waren.

Zuspruch im linken Bellinzona

Dass die 10-Millionen-Initiative im Tessin nur ein verhaltenes Ja gefunden hat, dürfte mehrere Gründe haben. Die Tessiner Politiker und Kommentatoren spekulierten am Sonntag, dass der Wahlkörper heute ein anderer sei als bei den früheren Urnengängen: Die jüngeren Generationen seien weniger für radikale Lösungen

zu haben. Der Stadt-Land-Graben zeigte sich auch im Tessin: Die ländlichen Gebiete sagten tendenziell Ja, das bürger-

In Chiasso, Lugano oder Bellinzona leidet man nicht in erster Linie unter Dichtestress wie nördlich des Gotthards.

liche Lugano oder Chiasso lehnten die SVP-Initiative hingegen ab.

Eher überraschend ist die knappe Zustimmung aus dem linken Bellinzona. Man habe zu wenig mobilisiert, sagte der enttäuschte SVP-Politiker Marco

Chiesa. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 50 Prozent.

Andere Probleme

Eine weitere mögliche Erklärung für das nur moderate Ja: Das Tessin ist im Vergleich mit anderen Regionen der Schweiz in den letzten Jahren nur schwach gewachsen. In Chiasso, Lugano oder Bellinzona leidet man nicht in erster Linie unter dem vielzitierten Dichtestress oder explodierenden Häuserpreisen wie nördlich des Gotthards, sondern unter anderen Problemen.

Viel Unmut lösen die vielen Grenzgänger aus, die jeden Tag ins Tessin zur Arbeit kommen. 80 000 von ihnen pendeln über die Grenze, sie machen inzwischen einen Drittel der Beschäftigten aus. Die Zahl hat sich nach rasanter Zunahme mittlerweile stabilisiert. Die Italiener sind häufig bereit, zu tieferen Löhnen zu arbeiten als die Einhei-

mischen. Der Lohndruck ist inzwischen bis in den Mittelstand zu spüren.

Während des Abstimmungskampfs wurde von der gegnerischen Seite behauptet, dass die Zahl der Grenzgänger weiter zunehmen würde, wenn die Schweizer Wohnbevölkerung bei 10 Millionen gedeckelt werde. Das Problem werde sich verschärfen. Womöglich hat dieses Argument ebenfalls eine Rolle gespielt.

Bei der zweiten eidgenössischen Abstimmung, dem Zivildienstgesetz, stimmte das Tessin für die Anpassung, die den Wechsel von der Armee in den Zivildienst erschwert. Auf kantonaler Ebene wurde unter anderem über eine aus dem rechtsbürgerlichen Lager lancierte Initiative abgestimmt, die verlangt, dass die massive Aufwertung von Liegenschaften steuerlich neutralisiert werden muss. Drei Viertel unterstützten das Begehren und machten damit deutlich, dass die Tessiner keine höhere Steuerbelastung wollen.